



Beantwortung

des überparteilichen Postulats 20130273 , Nathan Güntensperger, GLP, Stefan Kaufmann, FDP, „Aufgabenverzicht der Stadt Biel?“

Mit dem vorliegenden Vorstoss soll der Gemeinderat beauftragt werden einen Bericht zu unterbreiten, in welchem untersucht wird

1. Welche Aufgaben die Stadt wahrnimmt oder finanziell unterstützt, welche nicht zwingend von ihr wahrgenommen oder unterstützt werden müssen.
2. Wie hoch die Ausgaben und Erträge sind, die diese Aufgaben generieren.

Der Vorstoss wünscht eine Darstellung der zwingenden städtischen Aufgaben wie derjenigen, welche aufgrund von Stadtrats- oder Volksentscheiden wahrgenommen werden, wobei auf eine politische Würdigung zur Opportunität der Aufgabenwahrnehmung verzichtet werden soll. Dem Parlament soll bezüglich der nicht zwingend notwendigen Aufgaben der Stadt eine politische Beurteilung und damit verbunden ein entsprechender politischer Entscheid aufgrund eines Kosten-/Nutzenverhältnisses ermöglicht werden.

Der Gemeinderat teilt die Auffassung der Postulanten, wonach mit Blick auf die schwierige Finanzlage der Stadt Biel eine sorgfältige Überprüfung der von der Stadt Biel ihr übertragenen wie der selbstgewählten Aufgaben unabdingbar ist. Der Prozess für das Budgetjahr 2014 hat nachdrücklich zur Erkenntnis geführt, dass der städtische Finanzhaushalt in seiner Gesamtheit einer umfassenden Prüfung zu unterziehen ist und Themen wie Aufgabenwahrnehmung, Leistungserbringung, Investitionspolitik, Beitragswesen, Einnahmen- und Gebührenpolitik und weitere vertieft zu untersuchen sind. In diesen Prozess eingeschlossen wird auch die Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung unter geeignetem Beizug der Verwaltung und damit des erforderlichen Fachwissens. Diese beschriebenen Arbeiten werden im vom Gemeinderat bereits initiierten Projekt zur nachhaltigen Haushaltssanierung (strukturelle Überprüfung des Haushaltes und der öffentlichen Leistungen), welches von Herrn Prof. Urs Müller (Universität Basel) begleitet wird, vorgenommen. Unter Einbezug der Direktionen und der politischen Instanzen werden ab Januar 2014 im Verlauf des Budgetprozesses 2015 Sanierungsmassnahmen erarbeitet und den jeweils zuständigen Organen in den Jahren 2015, 2016 und 2017 zur Beschlussfassung unterbreitet und umgesetzt. Im Rahmen dieses Prozesses wird somit auch das Anliegen der Postulanten bearbeitet.

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das überparteiliche Postulat erheblich zu erklären.

Biel, 20. November 2013

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:
Erich Fehr

Der Vize-Stadtschreiber:
Julien Steiner

Beilage: Postulat 20130273

Vorstand PL / Direktion: 13073
 Termin CS/DB/CM: 20.11.2013
 Direktion / Direction: FID
 Mitbericht / Co-report: PRA/BKS/DSS/BEU

Überparteiliches Postulat

Aufgabenverzicht der Stadt Biel?

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Die Finanzlage der Stadt Biel verschlechtert sich zunehmend. Steuereinnahmen stagnieren aus verschiedenen Gründen, die Ausgaben steigen weiter. Wir fordern vom Gemeinderat einen Bericht in dem er untersucht:

1. welche Aufgaben die Stadt wahrnimmt oder finanziell unterstützt welche nicht zwingend von ihr wahrgenommen oder unterstützt werden müssen.
2. wie hoch die Ausgaben und Erträge sind die diese Aufgaben generieren.

Wir fordern dass sowohl die Stadtverwaltung, von der Stadt subventionierte Institutionen als auch nicht zwingende städtische Aufgaben, die aufgrund von Stadtratsentscheiden und/oder Volksentscheiden eingeführt wurden, darin eingeschlossen werden. Ebenfalls alle nicht zwingenden Aufgaben die über den Lastenausgleich finanziert oder teilfinanziert werden oder vom Kanton ausserhalb des Lastenausgleiches finanziert oder teilfinanziert werden.

Der Gemeinderat soll sich in diesem Bericht nicht dazu äussern welche der Aufgaben wünschenswert sind und welche nicht, sondern nur aufzeigen welche Aufgaben nicht von der Stadt wahrgenommen oder unterstützt werden müssen und deren Kosten und Erträge.

Begründung: Um wirksame Sparmassnahmen zu definieren benötigt das Parlament die notwendigen Unterlagen. Bei nicht zwingend notwendigen Aufgaben der Stadt erscheint es uns wichtig, dass eine politische Beurteilung erfolgen und ein entsprechender politischer Entscheid aufgrund eines Kosten-/Nutzenverhältnis gefällt werden kann.

Biel, 27.6.2013, Grünliberale Partei

Nathan Güntensperger, glp

Stefan Kaufmann, FDP

(Handwritten signatures of Nathan Güntensperger, Stefan Kaufmann, and other council members)